Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Fraktion im Rat der Stadt Wolfsburg

Fraktionsantrag
A 2020/0495
öffentlich

Resolution "Wolfsburg deklariert sich als sicherer Hafen"

Die SPD-Fraktion beantragt:

Die Tagesordnung der Ratssitzung am 15. Juli 2020 wird um den Tagesordnungspunkt **Resolution „Sicherer Hafen“** erweitert und der nachfolgende Beschlussvorschlag zur Abstimmung gestellt:

Der Rat der Stadt Wolfsburg erklärt:

Das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit und das Recht auf Asyl sind Grundrechte der Bundesrepublik Deutschland. Der Rat der Stadt Wolfsburg bekennt sich zu seiner Verantwortung, Menschen zu helfen, die durch Krieg, Verfolgung und andere Notlagen ihre Heimat verlassen haben und in Deutschland Zuflucht suchen. Die Stadt Wolfsburg hat mit der Unterstützung zahlreicher Einwohnerinnen und Einwohner in den vergangenen Jahren den Geflüchteten Obdach und Hilfe gewährt und wird dieses auch in Zukunft tun.

Hierzu beschließt der Rat der Stadt Wolfsburg folgende Resolution:

1. Der Rat appelliert an die Bundesregierung, sich weiterhin und verstärkt für die Rettung der Menschen auf dem Mittelmeer einzusetzen sowie für eine Bekämpfung der Fluchtursachen.

2. Um darüber hinaus ein klares Zeichen der Menschlichkeit und Offenheit unserer Stadt und ihrer Menschen zu setzen, deklariert der Rat die Stadt Wolfsburg als „Sicheren Hafen“. Das bedeutet:

Die Stadt Wolfsburg ist bereit, Geflüchteten im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten - zusätzlich zu den nach dem Königsteiner Schlüssel verteilten Geflüchteten - Obdach und Hilfe zu gewähren. Dieses gilt auch für in Seenot Geratene.

3. Die aktive Behinderung der Arbeit der Seenotrettung durch europäische Staaten muss umgehend beendet werden.

4. Die europäische Staatengemeinschaft muss ihrer Verantwortung bei der aktiven Seenotrettung gerecht werden und darf sich nicht auf die Arbeit Dritter verlassen oder den Tod von Menschen in Kauf nehmen. Abschottung und somit den Tod unschuldiger Menschen billigend in Kauf zu nehmen, ist kein legitimes politisches Mittel.

5. Für die Verteilung und Unterbringung von aus Seenot geretteter Menschen muss die Bundesregierung eindeutige Regelungen schaffen.

Der Rat der Stadt Wolfsburg fordert die Vertreter und Vertreterinnen in Bundestag und Landtag auf, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten für diese Ziele einzusetzen.

Begründung

Jeden Tag sterben auf dem Mittelmeer Menschen. Bereits über 1.500 Menschen sind im Jahr 2018 ertrunken, viele Tausende in den vergangenen Jahren, täglich kommen weitere hinzu. Die Dunkelziffer dürfte noch deutlich höher liegen. Europäische Regierungen stellen zum Teil nicht nur jegliche staatliche Seenotrettung ein, sondern kriminalisieren auch die zivilgesellschaftliche Seenotrettung und verhindern ihre Arbeit.

Das widerspricht unserer Überzeugung als weltoffene Stadt Wolfsburg. Mit dem Konzept zur Unterbringung von Geflüchteten hat die Stadt Wolfsburg ihren Willen und ihre Bereitschaft gezeigt, Menschen, die vor Krieg, Verfolgung und Folter fliehen, Obdach und Hilfe anzubieten.

Mit der Deklaration als „Sicherer Hafen“ zeigt die Stadt Wolfsburg aktive Solidarität mit Geflüchteten, die auf dem Mittelmeer in Seenot geraten sind. Sie reiht sich damit ein in die breite gesellschaftliche Bewegung „Seebrücke“, die unter anderem auch vom Volkswagen-Konzern und Betriebsrat sowie den evangelischen Kirchen und einem breiten Städtebündnis mitgetragen wird.

Kein Mensch verlässt freiwillig sein Heimatland. Deshalb ist es notwendig, die Fluchtursachen zu bekämpfen. Dieses liegt jedoch nicht in der Macht einer Kommune.

Fraktion:	*Datum*
SPD	14.07.2020
Bearbeitung:	
Frau Rehse, 28-1689, SPD	

Mit freundlichen Grüßen

i. A. HEDI REHSE

Fraktionsgeschäftsführerin

Keine Anlage/n